



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

An die  
Medien

Dortmund

16.05.06

Pressemitteilung

## SPD und GRÜNE fordern Aufklärung der Schleuser-Vorwürfe

Die Fraktionen von SPD und GRÜNEN fordern eine umgehende und lückenlose Aufklärung der möglichen Beteiligung eines Schleusers an den Abschiebepflichten von guinesischen Flüchtlingen in der Zentralen Ausländerbehörde.

„Kriminelle Menschenhändler dürfen in Dortmund keine Chance haben!“, so **Nadja Lüders, ordnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion und Mario Krüger, Fraktionssprecher der GRÜNEN**. „Sollte sich der Verdacht bestätigen, dass der Leiter der guinesischen Delegation, nach deren Befragungen 270 Menschen abgeschoben werden sollen, gleichzeitig der Kopf einer Schleuserbande ist, ist das gesamte Verfahren infrage zu stellen. Mögliche kriminelle Machenschaften sind vorbehaltlos aufzuklären.“

Im Vordergrund stehen muss jetzt für SPD und GRÜNEN zunächst vor allem der Schutz der Flüchtlinge, die an den Befragungen in der ZAB teilgenommen haben. Beide Fraktionen begrüßen deshalb, dass das nordrhein-westfälische Innenministerium mittlerweile angekündigt hat, aufgrund der Vorwürfe zunächst auf weitere Abschiebungen nach Guinea zu verzichten. Nichtsdestotrotz müssen sich sowohl Land als auch Bund fragen lassen, wie es überhaupt zu dieser Situation kommen konnte, wie und von wem die guinesische Delegation zusammengesetzt wurde und wie das praktizierte Verfahren der Sammelanhörungen vor dem Hintergrund der Vorwürfe zu bewerten ist.



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

**Nadja Lüders:** „Eine rückhaltlose Aufklärung der Vorwürfe ist auch für die Mitarbeiterinnen der ZAB von Bedeutung. Denn die sehen sich im Moment dem Vorwurf ausgesetzt, mit einem Kriminellen zusammengearbeitet zu haben.“

Die ZAB hatte nach eigener Aussage erst nach den Anhörungen und nach Abreise der Delegation von den Vorwürfen erfahren und umgehend das NRW-Innenministerium über die Vorwürfe informiert. Konsequenzen hatte es danach zumindest öffentlich nicht gegeben.

**Mario Krüger:** „Darüber hinaus sind für uns Abschiebungen in ein Land wie Guinea, das von einer korrupten Militärregierung mit demokratischer Fassade regiert wird, mehr als fragwürdig. Die politische Diskussion hierüber muss auf den zuständigen Ebenen umgehend geführt werden.“

SPD und GRÜNE erwarten von den zuständigen Bundes- und Landesbehörden eine schnelle Überprüfung der Vorwürfe und Konsequenzen für weitere zukünftige Befragungen. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die in Dortmund tätige guinesische Delegation angeblich bereits eine weitere Einladung nach Stuttgart erhalten hat, um dort ähnliche Befragungen durchzuführen.

Zusätzlich erbitten die Fraktionen von Rechtsdezernent Wilhelm Steitz nach Abschluss der laufenden Sachverhaltsaufklärungen einen umfassenden Abschlussbericht.